

# Antworten der Parteien auf unsere Fragen!

## Die Linke

<b>Erkennt ihr an, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt?</b>	Ja
<b>Wird es einen CSD Empfang vom Rathaus geben, der mit den ehrenamtlichen Menschen der CSD Orga abgestimmt wird, damit diese auch daran teilnehmen können? Wenn nein, warum nicht?</b>	Wenn Interesse an einem Empfang im Rathaus besteht kontaktiert ihr uns dazu am besten direkt als Ratsfraktion.
<b>Wie positioniert sich Ihre Partei seit dem letzten CSD zu den Rechten von LSBTIQ*-Personen konkret in Bielefeld?</b>	Die Linke hat sich in Bielefeld nach dem letzten CSD klar und weiterhin solidarisch mit der queeren Community positioniert. Sie setzt sich auf kommunaler, Landes- und Bundesebene für umfassende Gleichstellung und Solidarität ein. Besonders betont wird die Notwendigkeit, queere Treffpunkte und Selbstorganisation ausreichend zu finanzieren sowie Schutzräume und Antidiskriminierungsarbeit zu stärken. Unsere queerpolitische Grundhaltung ist geprägt von einem klaren Einsatz für Vielfalt und soziale Sicherheit. Wir fordern, dass alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität frei und ohne Angst vor Diskriminierung leben können. Themen wie die materielle Absicherung queerer Menschen, Schutz vor Gewalt und Diskriminierung sowie die Förderung von Selbstbestimmung stehen dabei im Fokus.
<b>Welche Maßnahmen hat Ihre Partei in den letzten fünf Jahren für LSBTIQ*-Rechte in Bielefeld ergriffen?</b>	Unsere Partei und Ratsfraktion in Bielefeld haben sich in den vergangenen Jahren intensiv für die Rechte der LSBTIQ-Community eingesetzt. Sie unterstützen aktiv Aktionen gegen Hass und rechte Ideologien, beispielsweise im Bündnis gegen Rechts. In Bielefeld - und auch darüber hinaus auf Landesebene - fordern wir eine Aufstockung des Aktionsplans für

	<p>queeres Leben, wobei ein besonderes Augenmerk auf prekäre Lebenslagen im ländlichen Raum und in benachteiligten Stadtteilen gelegt werden soll. Zudem setzen wir uns für einen queeren Bildungsplan ein, der queere Lebensrealitäten in den Lehrplänen verankert, sowie für ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild. Auch die Erweiterung der polizeilichen Kriminalstatistik um queerfeindliche Straftaten wird gefordert. In Bielefeld hat die Ratsfraktion Die Linke maßgeblich dazu beigetragen, dass Beratungs- und Schutzangebote für queere Menschen sichtbarer und besser zugänglich gemacht wurden, unter anderem durch die Zusammenfassung dieser Angebote auf der städtischen Homepage. Darüber hinaus wurden die Leistungsverträge für soziale Träger und Vereine, wie „SCHLAU Bielefeld“, um über 3,3 Millionen Euro ausgeweitet. Diese Investitionen sichern wichtige soziale Leistungen und fördern die Arbeit von Organisationen, die sich für queere Menschen einsetzen.</p> <p>Ein weiteres Projekt, das von unserer Partei unterstützt wurde, ist die Förderung der queeren Erinnerungskultur in Bielefeld. Nach den Anfeindungen auf dem CSD 2022 wurde zudem ein Sicherheits- und Awarenessskonzept entwickelt, das ehrenamtlich und selbstorganisiert entstand. Die Linke setzt sich dafür ein, dass diese wichtige Arbeit finanziell unterstützt und langfristig gesichert wird, beispielsweise durch einen Leistungsvertrag mit der Stadt.</p>
<p><b>Gibt es in Ihrer Partei eine offizielle Arbeitsgruppe oder Beauftragte*r für LSBTIQ*-Themen in Bielefeld? Wenn nein, warum nicht?</b></p>	<p>Ja. Dominik Goertz, queerpolitischer Sprecher von Die Linke NRW ist gleichfalls jugendpolitischer Sprecher der Ratsfraktion Die Linke Bielefeld und unser Mitglied im Jugendhilfeausschuss.</p>
<p><b>Wie geht ihr regional damit um, dass Trans*, Intergeschlechtliche und Nicht-Binäre Menschen nicht umfassend durch Gewaltschutzgesetze berücksichtigt werden?</b></p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Lücken im Schutzsystem geschlossen werden. Auf kommunaler Ebene unterstützen wir Initiativen, die Schutzräume schaffen und Beratungsangebote für queere Menschen</p>

	<p>stärken. Ein Beispiel hierfür ist unser Einsatz für die Finanzierung und langfristige Sicherung von Projekten wie „SCHLAU Bielefeld“ und anderen sozialen Trägern, die wichtige Arbeit in diesem Bereich leisten. Darüber hinaus fordern wir auf Landes- und Bundesebene die Einführung eines umfassenden Antidiskriminierungsgesetzes, das explizit Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität gewährleistet. Wir setzen uns dafür ein, dass queerfeindliche Straftaten in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden, um das Ausmaß der Gewalt sichtbar zu machen und gezielte Präventionsmaßnahmen zu ermöglichen. Wir wissen aber, dass der Schutz von trans*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Menschen nicht allein durch Gesetze erreicht werden kann. Deshalb setzen wir uns auch für die Förderung von Bildungsprojekten ein, die die Akzeptanz und das Verständnis in der Gesellschaft stärken, sowie für eine queere Erinnerungskultur, um die Geschichte und die Kämpfe der Community sichtbar zu machen.</p>
<p><b>Was sind Eure Bemühungen Gewaltschutzräume für Trans*, Intergeschlechtliche und Nicht-Binäre Menschen zu finanzieren, abseits von Binär konzipierten Schutzräumen?</b></p>	<p>Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen Zugang zu Schutzräumen erhalten, die ihre spezifischen Bedürfnisse berücksichtigen. Wir erkennen, dass binär konzipierte Schutzräume oft nicht ausreichend sind, um die Sicherheit und Unterstützung für diese Gruppen zu gewährleisten. Daher fördern wir gezielt Projekte und Initiativen, die sich auf die Schaffung inklusiver und diverser Schutzräume konzentrieren. Ein Beispiel ist unser Einsatz für die Finanzierung von sozialen Trägern und Vereinen, die sich auf die Arbeit mit queeren Menschen spezialisiert haben. Durch die Ausweitung der Leistungsverträge der Stadt Bielefeld um mehr als 3,3 Millionen Euro konnten wir sicherstellen, dass Organisationen wie „SCHLAU Bielefeld“ ihre wichtige Arbeit fortsetzen und ausbauen können. Darüber hinaus unterstützen wir die</p>

	<p>Entwicklung von Awareness- und Sicherheitskonzepten, wie sie nach den Anfeindungen auf dem CSD 2022 entstanden sind, und setzen uns dafür ein, dass diese Arbeit langfristig finanziell abgesichert wird.</p>
<p><b>Welche Maßnahmen setzen Sie auf kommunaler Ebene in Bielefeld für den Schutz von LSBTIQ*-Personen um (z. B. Antidiskriminierungsprogramme, Beratungsstellen, Schutzräume)?</b></p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass Antidiskriminierungsprogramme auf kommunaler Ebene gestärkt und ausgebaut werden. Ein wichtiger Schritt war die Unterstützung des städtischen Aktionsplans „Gleichstellung von LSBTIQ*“, der Sensibilisierung und Akzeptanz in allen Lebensbereichen fördert.</p> <p>Darüber hinaus haben wir uns dafür eingesetzt, dass Beratungsstellen wie Respekt*OWL und Organisationen wie „SCHLAU Bielefeld“ finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre wichtige Arbeit fortzusetzen. Wir wissen, dass Schutzräume für LSBTIQ*-Personen essenziell sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass diese Räume nicht nur erhalten, sondern auch erweitert werden, um den spezifischen Bedürfnissen dieser Gruppen gerecht zu werden. Wir arbeiten daran, dass unser Engagement nicht bei der Finanzierung endet, sondern auch die Sichtbarkeit und Zugänglichkeit dieser Angebote zu verbessern.</p>
<p><b>Unterstützen Sie die Einrichtung oder Finanzierung von LSBTIQ*-Community-Spaces in Bielefeld? Falls ja, wie?</b></p>	<p>Ja. Wir setzen wir uns wie bereits oben genannt dafür ein, dass Projekte wie „SCHLAU Bielefeld“ und andere soziale Träger die notwendige finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre Arbeit fortzusetzen und auszubauen. Ein zentraler Bestandteil ist dabei die Sicherstellung, dass diese Community-Spaces nicht nur erhalten bleiben, sondern auch inklusiver gestaltet werden. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Leistungsverträge der Stadt Bielefeld um über 3,3 Millionen Euro erweitert wurden, wodurch auch die Finanzierung solcher Räume gestärkt wurde.</p>
<p><b>Wie setzen Sie sich für die Sicherheit von LSBTIQ*-Personen im öffentlichen Raum ein (z. B. Maßnahmen gegen queerfeindliche Gewalt,</b></p>	<p>Eine unserer zentralen Forderungen ist eine bessere Erfassung queerfeindlicher Straftaten in der polizeilichen Kriminalstatistik, um das Ausmaß der Gewalt sichtbar zu machen und</p>

<p><b>Polizeischulungen)?</b></p>	<p>gezielte Präventionsmaßnahmen zu ermöglichen. Auf kommunaler Ebene unterstützen wir den Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTIQ*“ der Stadt Bielefeld, der darauf abzielt, Diskriminierung abzubauen und Akzeptanz zu fördern. Darüber hinaus setzen wir uns für die Finanzierung von Schutzräumen und Beratungsstellen ein, die LSBTIQ*-Personen Unterstützung bieten und ihnen sichere Orte zur Verfügung stellen.</p>
<p><b>Wie setzen Sie sich für die queersensible und menschenfreundliche Versorgung von Menschen mit Fluchtgeschichte ein?</b></p>	<p>Wir erkennen, dass queere Geflüchtete oft mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind – sowohl aufgrund ihrer Herkunft als auch ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Deshalb ist es unser Ziel, spezifische Unterstützungsangebote zu schaffen und bestehende Strukturen zu verbessern. Auf Landesebene kritisieren wir Kürzungen bei der Finanzierung von Projekten, die sich für queere Menschen mit Fluchtgeschichte einsetzen und fordern eine langfristige und bedarfsgerechte Förderung solcher Initiativen. Unsere Partei fordert, dass queere Menschen weltweit das uneingeschränkte Recht auf Asyl erhalten müssen, wenn sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden.</p>
<p><b>Wie haben Sie sich in den letzten Jahren mit dem Thema Wohnungslosigkeit/Obdachlosigkeit von queeren Menschen in Bielefeld eingesetzt?</b></p>	<p>Unsere Partei steht für die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit und erkennt auch, dass insbesondere queere Menschen oft besonderen Herausforderungen und Diskriminierung ausgesetzt sind. Wir fordern daher eine konsequente soziale Wohnungsbaupolitik, die bezahlbaren Wohnraum für alle sicherstellt und auch verhindern soll, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität in prekären Wohnsituationen landen. Zudem setzen wir uns für einen Mietendeckel ein, um die Wohnkosten für alle Menschen – insbesondere für marginalisierte Gruppen – bezahlbar zu machen.</p>
<p><b>Setzt sich Ihre Partei für eine inklusive</b></p>	<p>Wir fordern entschieden eine umfassende</p>

<p><b>Sexualaufklärung an Schulen in Bielefeld ein?</b></p>	<p>Sexualaufklärung an Schulen ein, die alle Aspekte von Sexualität, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung berücksichtigt. Wir fordern, dass queere Lebensrealitäten und Themen fest im Lehrplan verankert werden, um Vorurteile bereits in jungen Jahren abzubauen und Akzeptanz zu fördern.</p>
<p><b>Wie unterstützen Sie Fortbildungen für Lehrkräfte und Sozialarbeitende zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Bielefelder Schulen?</b></p>	<p>Wir unterstützen Programme und Initiativen, die Fortbildungen zu diesen Themen anbieten. Ein Beispiel ist unser Einsatz für die Zusammenarbeit mit Projekten wie „Schule der Vielfalt“, die regelmäßig Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulsozialarbeitende anbieten. Diese Fortbildungen zielen darauf ab, Diskriminierung zu reduzieren, Sensibilität für queere Themen zu schaffen und eine diversitätsbewusste Haltung zu fördern. Darüber hinaus fordern wir, dass solche Fortbildungsangebote auf Landesebene stärker gefördert und finanziell abgesichert werden, damit sie flächendeckend verfügbar sind. Unser Ziel ist es, dass alle Schulen in Bielefeld und darüber hinaus zu sicheren und inklusiven Orten für alle Schüler*innen werden.</p>
<p><b>Welche Maßnahmen fordern Sie für den Schutz queerer Jugendlicher in Bielefeld vor Mobbing und Diskriminierung an Schulen und in Freizeiteinrichtungen sowie im Netz? Wie werden diese Maßnahmen Evaluert?</b></p>	<p>Wir fordern gezielte Maßnahmen, um sichere Räume für LSBTIQ*-Jugendliche zu schaffen und Diskriminierung konsequent zu bekämpfen. Ein zentrales Ziel ist die Verankerung von Antidiskriminierungsprogrammen in Schulen und Freizeiteinrichtungen, die gezielt auf die Bedürfnisse queerer Jugendlicher eingehen. Damit soll sichergestellt werden, dass Lehrkräfte und Sozialarbeitende verpflichtende Fortbildungen zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt erhalten, um Sensibilität und Wissen über queere Lebensrealitäten zu stärken. Darüber hinaus setzt sich unsere Partei für die Einführung eines queeren Bildungsplans ein, der queere Identitäten sichtbar macht und präventiv gegen Mobbing wirkt. Zusätzlich fordern wir Maßnahmen gegen digitale Hasskriminalität, insbesondere eine bessere Erfassung und Ahndung von queerfeindlichen</p>

	<p>Übergriffen im Netz. Zudem setzt sich unsere Partei dafür ein, dass queerfeindliche Vorfälle systematisch erfasst werden, um gezielte Anpassungen der Maßnahmen vorzunehmen. Die Evaluation dieser Maßnahmen erfolgt durch regelmäßige Berichte und Analysen von Beratungsstellen sowie durch Rückmeldungen aus der Community und von Betroffenen selbst.</p>
<p><b>Wie setzt sich Ihre Partei für den diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsleistungen für LSBTIQ*-Personen ein?</b></p>	<p>Wir setzen uns aktiv für den diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsleistungen für LSBTIQ*-Personen ein. Unser Ziel ist es, Diskriminierung im Gesundheitssystem abzubauen, indem Fachpersonal sensibilisiert wird und queere Themen in die Ausbildung von Gesundheitsberufen integriert werden. Gleichzeitig kämpfen wir für den Ausbau spezialisierter Angebote, die auf die Bedürfnisse von Trans*, Inter* und nicht-binären Menschen zugeschnitten sind, sowie für die Weiterführung eines Selbstbestimmungsgesetzes, das geschlechtsangleichende Maßnahmen erleichtert.</p> <p>Wir fordern eine ausreichende Finanzierung von Gesundheits- und Beratungsangeboten und setzen uns für ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz ein, das Schutz vor Diskriminierung im Gesundheitswesen gewährleistet. Wir möchten sicherstellen, dass LSBTIQ*-Personen diskriminierungsfrei und bedarfsgerecht Zugang zu Gesundheitsleistungen erhalten.</p>
<p><b>Wie unterstützen Sie eine verbesserte Versorgung für Trans*, Intergeschlechtlichen und Nicht-binäre Menschen, insbesondere in der medizinischen und psychologischen Betreuung in Bielefeld?</b></p>	<p>Wir setzen uns für eine verbesserte Versorgung von Trans*, Intergeschlechtlichen und Nicht-binären Menschen in Bielefeld ein. Dazu gehören der Ausbau spezialisierter Angebote, die Schulung von Fachpersonal, die langfristige Finanzierung von Beratungsstellen wie „SCHLAU Bielefeld“ sowie die Unterstützung eines Selbstbestimmungsgesetzes.</p>
<p><b>Gibt es Initiativen Ihrer Partei, um ältere queere Menschen in der Pflege und Betreuung besser zu unterstützen?</b></p>	<p>Wir setzen uns für eine bessere Unterstützung älterer queerer Menschen in der Pflege und Betreuung ein. Dazu gehören</p>

<p><b>Wenn ja, welche?</b></p>	<p>verpflichtende Schulungen für Pflegepersonal, die Förderung queersensibler Projekte wie „Lebensort Vielfalt“ und eine bundesweite Strategie, um queere Pflegeangebote sichtbar und zugänglich zu machen. Unser Ziel ist dabei, Vielfalt und Würde auch im Alter zu gewährleisten.</p>
<p><b>Unterstützen Sie die Weiterführung des Selbstbestimmungsgesetzes? Wenn Ja, wie gehen Sie in Bielefeld damit um, falls das Gesetz wieder abgeschafft werden sollte?</b></p>	<p>Wir unterstützen die Weiterführung des Selbstbestimmungsgesetzes ausdrücklich und setzen uns für die Rechte von trans*, inter* und nicht-binären Menschen ein. Sollte das Gesetz abgeschafft werden, werden wir in Bielefeld darum bemüht sein, lokale Initiativen und Beratungsstellen zu stärken und uns auf Landes- und Bundesebene für eine Wiedereinführung einzusetzen. Selbstbestimmung und Gleichberechtigung bleiben für uns unverhandelbar.</p>
<p><b>Wie steht Ihre Partei zu geschlechtsneutraler Sprache und deren Anwendung in der Verwaltung?</b></p>	<p>Wir unterstützen die Verwendung geschlechtsneutraler Sprache in der Verwaltung, da sie ein wichtiger Schritt hin zu Umdenken, Sichtbarkeit, Gleichberechtigung und Inklusion ist. Geschlechtsneutrale Sprache trägt dazu bei, alle Geschlechter sichtbar zu machen und Diskriminierung zu vermeiden.</p>
<p><b>Ist Ihre Partei bereit, die Regenbogenflagge an kommunalen Gebäuden und auf der Sparrenburg zu hissen, um Solidarität mit der LSBTIQ*-Community zu zeigen?</b></p>	<p>Wir stehen als Partei Die Linke fest an der Seite der LSBTIQ*-Community und unterstützen das Hiszen der Regenbogenflagge an kommunalen Gebäuden und auch auf der Sparrenburg. Für uns ist dies nicht nur ein Symbol, sondern ein Zeichen der Solidarität, Sichtbarkeit und des Respekts.</p>
<p><b>Unterstützen Sie kommunale Förderprogramme für LSBTIQ*-Kulturveranstaltungen (z. B. CSD, Filmfestivals, Gedenkveranstaltungen)?</b></p>	<p>Ja, wir unterstützen kommunale Förderprogramme für LSBTIQ*-Kulturveranstaltungen wie den CSD, Filmfestivals und Gedenkveranstaltungen. Solche Events fördern Sichtbarkeit, Vielfalt und den Dialog und setzen ein klares Zeichen gegen Diskriminierung. Nachhaltige Finanzierung ist für uns auch in Zukunft zentral.</p>
<p><b>Wie stehen Sie zur Anerkennung des 17. Mai (IDAHOBIT) als offiziellen Gedenktag</b></p>	<p>Wir unterstützen die Anerkennung des 17. Mai (IDAHOBIT) als offiziellen Gedenktag auf</p>

<p><b>gegen Homo-, Bi-, Inter*- und Trans*-Feindlichkeit auf kommunaler Ebene?</b></p>	<p>kommunaler Ebene. Die offizielle Anerkennung würde die Bedeutung des Kampfes gegen Diskriminierung betonen und die Sichtbarkeit der LSBTIQ*-Community fördern.</p>
<p><b>Werden Mitglieder Ihrer Partei regelmäßig in LSBTIQ*-Themen geschult? Falls ja, wie?</b></p>	<p>Wir ermöglichen einen regelmäßigen Austausch in unseren Sitzungen, im Plenum und bei Veranstaltungen zum Thema. Darüber hinaus ist die Gründung eines AK Queerpolitik in Planung, um den Austausch zu fördern und die politische Arbeit in diesem Bereich zu stärken.</p>
<p><b>Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei in den nächsten zwei Jahren unternehmen, um LSBTIQ*-Rechte in der Kommune voranzutreiben?</b></p>	<p>In den nächsten zwei Jahren setzen wir uns für den Ausbau queersensibler Beratungsangebote, die Förderung von Kulturveranstaltungen wie dem CSD und die Integration queerer Themen in Bildungsprogramme ein. Zudem kämpfen wir für ein umfassendes Antidiskriminierungskonzept, um Vielfalt und Gleichberechtigung in der Kommune zu stärken.</p>